



GUIDO OHLENBOSTEL

### Liebe Mitglieder, liebe Freunde der CDL!

Weihnachten steht vor der Tür und damit das Fest, das den unvergleichlichen Wert des menschlichen Lebens sichtbar werden lässt. Gott selbst wurde Mensch, hat sich entwickelt wie jeder Mensch – Embryo, Fötus, Neugeborenes, Kind, Erwachsener. Er wählte diesen Weg aus freiem Entschluss und hat damit dem Menschen einen neuen Maßstab seiner Würde geschenkt. Diesen zentralen Punkt der Menschheitsgeschichte feiern wir mit großer Dankbarkeit. Ein guter Anlass, vor dem Hintergrund der Entwicklungen des zu Ende gehenden Jahres, den Schutz der Menschenwürde auf den Prüfstand zu stellen.

### Rückschritte bei Fragen der Bioethik

Man muß es ohne Umschweife beim Namen nennen: Alle großen Debatten und politischen Entscheidungen 2012 zu bioethischen Fragen stellen aus Lebensschutzperspektive einen Rückschritt dar. Ob die Zulassung des PränaTest zur möglichst flächendeckenden Selektion von Trisomie-21-Kindern, die Neuregelung der Organspende und die damit angestrebte „Vergesellschaftung der Organe“ (M. Löhr), die kürzlich von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr vorgelegte PID-Verordnung, die den Qualitätscheck von Embryonen von der Ausnahme zur Regel machen wird, oder die aktuelle Debatte um die Legalisierung der organisierten Beihilfe zum Suizid: der Trend geht weg vom verfassungsmäßig gebotenen Schutz der Menschenwürde hin zur kommerziellen (PränaTest, Organspende, PID) und organisierten (assistierter Suizid) „Verwertung“ des Lebens.

Zu all diesen Debatten hat die CDL einen entscheidenden Beitrag geleistet. Der unermüdete Einsatz verschiedener Lebensrechtler, darunter viele aktive CDL-Mitglieder, hat nicht nur exzellente politische Hintergrundarbeit geleistet, sondern auch dafür gesorgt, daß große und kontroverse öffentliche Debatten entstanden sind, in denen die Sorgen und Bedenken um immer mehr Unmenschlichkeit in unserer Gesellschaft artikuliert werden konnten.

### Zeichen der Hoffnung

Wenn wir einen Blick über die Grenzen von Deutschland werfen, sehen wir auch Zeichen der Hoffnung. Mit dem Brüstle Urteil des EuGH hat ein supranationaler Gerichtshof zum ersten Mal überhaupt eine Definition und damit Schutzwürdigkeit des menschlichen Embryos ab der Befruchtung rechtlich bindend etabliert, die solider nicht sein könnte. Darauf aufbauend wird derzeit versucht, aus dem nächsten 7-jährigen Forschungshaushalt der EU embryonale Stammzellforschung zu streichen – was einen Meilenstein im internationalen Lebensschutz bedeuten würde. Der neue EU-Gesundheitskommissar Dr. Tonio Borg, der sich als maltesischer Politiker konstant klar gegen Abtreibung ausgesprochen hat, wurde trotz heftiger Verhinderungsversuche von Abtreibungsbefürwortern und Humanistischen Verbänden ernannt. Ein „Recht auf Abtreibung“ wurde wiederholt vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte klar zurückgewiesen. Deutlich ist auch, daß sich international arbeitende Lebensschutzorganisationen besser organisieren und damit politisch schlagkräftiger werden.

Hoffnung scheint also entgegen aller Rückschläge begründet zu sein. Wir blicken einem neuen, intensiven Jahr 2013 entgegen und zählen auf das Engagement von vielen bewährten, aber auch hoffentlich neuen Mitgliedern, Experten und Freunden. Wenn Sie der CDL ein Weihnachtsgeschenk machen möchten, laden Sie doch einfach eine Person in Ihrem Bekanntenkreis vor Weihnachten konkret ein, Mitglied zu werden!

Danke für Ihren Einsatz für das Leben und für eine gerechte und menschliche Gesellschaft!

Im Namen des Bundesvorstandes wünsche ich Ihnen allen frohe und gesegnete Weihnachten!

Sophia Kuby  
selltvertr. Bundesvorsitzende

## Droht jetzt die alternativlose Sterbehilfe?

Am Donnerstag, den 29.11.12 wurde, weit nach Mitternacht, erstmals der Regierungsentwurf zum neuen § 217 StGB, dem „Gesetz zur Strafbarkeit der gewerbsmäßigen Förderung der Selbsttötung“ in den Deutschen Bundestag eingebracht. Viele Abgeordneten werden sich von dem guten Gefühl leiten lassen, nun werde endlich das „Tötungsgeschäft“ von Sterbehilfevereinen wirksam unterbunden. Doch auch angesichts einer nächtlichen Plenarsitzung muß von den Abgeordneten ein klarer Blick auf die Faktenlage erwartet werden:

### Es wird verboten, was gar nicht angeboten wird

Das im wesentlichen von radikalen „Humanisten“ in der FDP propagierte Gesetz gibt vor, etwas zu verbieten, das tatsächlich derzeit in Deutschland gar nicht angeboten wird: die sogenann-



DANIEL BRENNEN

### Lücken im Gesetz: Geschäftsmodell Suizidbeihilfe

te „gewerbsmäßige“ Suizidbeihilfe. Wer heute in Deutschland professionelle, organisierte, aber auch private Suizidbeihilfe in Anspruch nehmen oder leisten will, kann dies jederzeit straffrei tun, da Anstiftung und Beihilfe zur Selbsttötung leider generell erlaubt sind. In der Öffentlichkeit war diese Rechtslage bisher aber nachweislich kaum bekannt.

Die drei gegenwärtig besonders aktiven organisierten Anbieter von Sterbehilfe sind: „SterbeHilfeDeutschland e. V.“ (StHD), gegründet von Dr. Roger Kusch, „Dignitas“ und die „Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben“ (DGHS). Da alle drei Organisationen inzwischen gemeinnützig und - aktiv werbend - auf Mitglieder- und Spendenbasis tätig sind, bleiben sie von dem

geplanten „Verbot“ des § 217 Abs. 1 StGB völlig unbeeinträchtigt. Sie können ihr klug organisiertes, nicht kommerzielles „Geschäftsmodell“ unbekümmert weiter ausbauen, wie sie es in einem gerade vorgelegten Vorschlag der DGHS zur Einrichtung von Sterbehilfe-Beratungsstellen in ganz Deutschland auch schon angekündigt haben.

Wer sich tatsächlich einen realistischen Eindruck davon verschaffen will, wie leichtfertig und verantwortungslos diese Vereine Menschen in Lebenskrisen zum Suizid „verhelfen“, sollte einen Blick in das Weißbuch 2012 des Vereins „SterbeHilfeDeutschland e. V.“ werfen. Leicht läßt sich erkennen, daß der Verein einem Suizidwilligen bereitwillig bei seinem Vorhaben zur Seite steht, obwohl es keinesfalls nur um die Verringerung unerträglicher Schmerzen geht. Dies bestätigen Studien aus anderen EU-Ländern, in denen die Sterbehilfe bereits sehr schnell zu einem allgemeinen „Standard“-Angebot für Leidende oder depressiv Erkrankte geworden ist. In verzweifelten Lebenslagen aber brauchen Menschen, die suizidal gefährdet sind, besondere Solidarität und Hilfe, bessere Palliativangebote oder aktive psychotherapeutische Begleitung. Ganz gewiß aber brauchen sie kein professionelles Sterbehilfe-Angebot, das kostenlos von jedermann angeboten werden kann!

### Aktive Mitwirkung wird straffrei zugebilligt

Daß § 217 Absatz 2 StGB zudem „Angehörigen“ und „nahestehenden Personen“, seien es Familienmitglieder oder Freunde, beispielsweise auch Ärzte oder Pfleger, die aktive Mitwirkung selbst an einer eigentlich strafbaren gewerbsmäßigen Selbsttötung - und somit erst recht an einem nicht gewerbsmäßigen Suizid - straffrei zubilligt, zeigt leider allzu deutlich, was die tatsächliche, geschickt verdeckte Intention des Regierungsentwurfs zum § 217 StGB ist: Gerade durch das vermeintliche „Verbot“ von Organisationen, die es so gar nicht (mehr) gibt, wird tatsächlich jede nicht kommerzielle Suizidmitwirkung rechtlich aufgewertet. Wer künftig professionelle Unterstützung beim Suizid sucht, kann bundesweit auf ein wachsendes Angebot an professionellen, unbezahlten Sterbehelfern zugreifen, die auch aktiv für ihre Dienste werben dürfen. Und wer persönlich glaubt, Sterbehilfe leisten zu wollen, der weiß nun, durch das Strafrecht beglaubigt, daß Staat und Gesellschaft diese letzte „Dienstleistung“ am Lebensende nur zu gerne tolerieren.

Doch vielleicht sind ja auch mitten in der Nacht im Deutschen Bundestag noch einige Abgeordnete hellwach und schauen kritisch auf einen für das solidarische Verhältnis der Generationen untereinander fatalen Regierungsentwurf, der bisher unbegreiflicherweise im Bundestag noch „alternativlos“ geblieben ist.

### Vorschlag der CDL

Die CDL hat ihrerseits schon vor Monaten einen alternativen Regierungsentwurf formuliert, der jede Form der aktiven Beihilfe und Mitwirkung an einem Suizid strafbar machen will, was der Rechtslage in vielen europäischen Ländern entspricht. Nachzulesen unter: [www.cdl-online.de/files/dokumente/cdl-schriften/entwurf217stgbneufassungcdlstandjuli2012.pdf](http://www.cdl-online.de/files/dokumente/cdl-schriften/entwurf217stgbneufassungcdlstandjuli2012.pdf)

## CDL unterstützt Initiative „Solidarität statt Abtreibung“

### Erster Erfolg beim CDU-Bundesparteitag in Hannover

Am 5.12.2012 hat der CDU-Parteitag in Hannover mit nur einer Gegenstimme entschieden, daß der Gesetzentwurf zum § 217 StGB der Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarren-



berger (FDP) deutlicher Änderungen bedarf und auf jeden Fall nicht nur die gewerbliche, sondern auch die organisierte Beihilfe zur Selbsttötung unter Strafe gestellt werden muß. Thomas Schührer, Initiator der Initiative „Solidarität statt Selbsttötung“: „Wir begrüßen diesen Parteitagsbeschluß außerordentlich und danken der neu gewählten stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Julia Klöckner für ihren Antrag. Der aktuelle Gesetzentwurf zum § 217 StGB würde jede Form der privaten, organisierten und

geschäftsmäßigen Beihilfe zur Selbsttötung ermöglichen. Dann hätten wir bald ähnliche Verhältnisse wie in den Niederlanden. Von dort fliehen bereits alte und kranke Menschen in Altersheimen oder Krankenhäuser nach Deutschland, weil sie Ihren Ärzten und Pflegern nicht mehr vertrauen. Hoffentlich können wir das in unserem Land verhindern.“ Mit einer bewegenden Protestaktion vor dem Reichstag in Berlin hatte die Initiative „Solidarität statt Selbsttötung“ gegen den Gesetzentwurf zum § 217 StGB protestiert. Die Folgen eines Dammbrochs durch den §217 wurden pantomimisch dargestellt. Aufsehen hatte die Initiative „Solidarität statt Selbsttötung“ erregt, als sie letzte Woche eine Tablettenschachtel („Mogelpackung § 217 forte“) an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages schickte. Diese Verteilaktion haben Thomas Schührer, die CDL und einige Mitstreiter von Kaleb auf dem Bundesparteitag der CDU fortgeführt.

Weitere Infos: [www.solidaritaet-statt-selbsttoetung.de](http://www.solidaritaet-statt-selbsttoetung.de)



## Zweiter Erfolg oder nur „Lippenbekenntnis“ zum ungeborenen Kind?

Der auf dem CDU-Bundesparteitag durch den Landesverband Sachsen eingebrachte Antrag Nr. C8 „Schutz des ungeborenen Lebens“ ist sowohl von der Antragskommission wie auch von den Delegierten in abgeänderter Form angenommen worden. Eindeutig bekennt sich die CDU dazu, daß sie sich nicht mit den hohen Abtreibungszahlen abfinden will, und fordert von den Ländern eine exakte Statistik über die Kosten von „Schwangerschaftsabbrüchen“. Dieser Antrag wurde am Ende des ersten Beratungstages zu relativ später Stunde noch auf die Tagesordnung gesetzt.

Der zweite Antrag zum Lebensschutz, den wir von CDL initiiert hatten, wurde zu Beginn des zweiten Beratungstages, ganz am Anfang, als viele Delegierten noch nicht anwesend waren, aufgerufen. Der Antrag Nr. C 54 vom CDU-Kreisverband Höxter trug den Titel: „Das Bundesverfassungsge-

richt ernst nehmen.“ Unter anderem wurde darin gefordert, daß Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktberatungsgesetz ihre Aufgaben so erfüllen, wie sie das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 28.Mai 1993 beschrieben hat. Ebenfalls wurde der Gesetzgeber dazu aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, daß der rechtliche Schutzanspruch des ungeborenen Lebens im allgemeinen Bewußtsein erhalten und belebt und das soziale Umfeld von Müttern verbessert werden soll.

Dieser Antrag wurde von dem CDL-Landesvorstandsmitglied Christoph Rust und dem Bundestagsabgeordneten Hubert Hüppe vorgetragen. Obwohl der Antrag von der Antragskommission schon im Vorfeld abgelehnt worden war, gab es ein äußerst knappes Ergebnis. Einige Delegierte hatten sogar den Eindruck, daß sie eine minimale Mehrheit für unseren Antrag gesehen hätten. Trotzdem entschied sich die Parteiregierung, unter Führung von Peter Hintze, den Antrag als „abgelehnt“ anzusehen.

## CDL wählt Bundesvorstand und wächst weiter

Am 20. Oktober 2012 trafen sich die Mitglieder der CDL zur Neuwahl des Bundesvorstandes in Mainz. Grußworte verschiedener Politiker begleiteten die Versammlung. So schrieben u.a. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Volker Kauder, der Vorsitzende der CSU, Horst Seehofer, der Vorsitzende der Senioren Union, Prof. Dr. Otto Wulff und der Vorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder.

Mechthild Löhr, die seit zehn Jahren den Bundesvorstand führt, blickte in ihrem Rechenschaftsbericht auf die beiden vergangenen Jahre zurück.

### Jedes Leben ist wertvoll und muß verteidigt werden

„Die letzten zwei Jahre waren besonders herausfordernd“, so Löhr. Denn gerade in diesem Zeitraum erfolgte eine scharfe Auseinandersetzung über die Zulassung der PID, die Kritik eines neuen Trisomie21-Selektionstests und die Diskussionen über Organspenden und die Förderung der Beihilfe zum Suizid. So sei auch der Aktionsbogen der CDL über die gesamte Breite des Lebens vom Anfang bis zum Ende gespannt. „Mit unseren frühzeitig veröffentlichten Positionen zur Neuregelung der Organspende und vor allem unserem Vorschlag zu einem generellen Verbot der Beihilfe zum Suizid waren wir auf diese Diskussionen gut vorbereitet“, hielt Löhr fest. Der weitere Mitgliederzuwachs sei zudem erfreulich.

Die anwesenden Mitglieder honorierten die Arbeit ihres Bundesvorstandes und bestätigten Mechthild Löhr einstimmig im Amt. Als stellvertretende Vorsitzende stehen Löhr in den nächsten zwei Jahren Odila Carbanje, Landesvorsitzende der CDL Nordrhein-Westfalen sowie der gerade wieder für die CDU in den Bundestag eingezogene Abgeordnete und Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Hubert Hüppe und Sophia Kuby, Geschäftsführerin von „European Dignity Watch“ in Brüssel, zur Seite.

Als Schatzmeister wurde Jürgen Boyxen, CDU-Vorsitzender im Kreisverband Viersen, wiedergewählt. Neu besetzt wurde das Amt der Schriftführerin mit Hildegard Bosch. Für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist künftig Susanne Bajog zuständig.

Hauptredner des Tages war der Gynäkologe Dr. Michael Kiworr, Autor des Buches: „Abtreibung in Deutschland“. Er untersuchte in seinem Vortrag die Folgen der Abtreibung für die Frau. Besonderes Augenmerk richtete Kiworr hierbei auf das sogenannte Post-Abortion-Syndrom, das die psychischen Auswirkungen der Abtreibungen (wie Depressionen und Alpträume) beschreibt. „Die Traumatisierung, die die meisten Frauen bei der Abtreibung erleben, wird öffentlich schlicht verleugnet“, stellte Kiworr fest. Als Konsequenz daraus erhielten die Betroffenen keine ursachengerechte Hilfe. Experten gehen davon aus, daß ca. 80 Prozent der Frauen, die eine Abtreibung hinter sich haben, an psychischen Spätfolgen leiden. Kiworr forderte, daß in den Beratungsgesprächen auch beim Arzt verpflichtend über diese psychischen Auswirkungen aufgeklärt wird. „Wer die Gesundheit und das Wohl von Frauen tatsächlich und auch langfristig im Blick hat, schützt Frauen vor Abtreibungen und deren Folgen“, so Kiworr am Ende seines Vortrages.

In ihrem Schlußwort unterstrich die CDL-Bundesvorsitzende Mechthild Löhr noch einmal, daß es die Hauptaufgabe der Lebensschützer ist, über wichtige Wahrheiten und Fakten, die verschwiegen werden, zu informieren und so um den Wert jedes Lebens zu kämpfen.

### Bundestags-Petition für strengere Vorab-Kontrollen bei Medizinprodukten

Ich habe eine Petition an den Deutschen Bundestag mit der Forderung nach strengeren Vorabkontrollen, Risikobewertungen und ethischen Prüfungen von Medizinprodukten als Konsequenz aus der lediglich bürokratischen Freigabe des Bluttests auf „Trisomie 21“ (Down-Syndrom) des Konstanzer Unternehmens LifeCodexx eingereicht.

Die Petition ist nun zur öffentlichen Mitzeichnung online gestellt worden und kann hier unterstützt werden:

[https://petitionen.bundestag.de/petitionen/\\_2012/\\_09/\\_06/Petition\\_35757.html](https://petitionen.bundestag.de/petitionen/_2012/_09/_06/Petition_35757.html)

*Dennis Riehle*

*Vorsitzender von Christliche Lebensberatung e.V.  
Martin-Schleyer-Str. 27, 78465 Konstanz*

## Ich bin CDL-Mitglied ...

...weil ich als Kinderärztin an einer Universitätsklinik täglich miterlebe, wie verführerisch für Betroffene die Hoffnung sein kann, daß der medizinische Fortschritt uns künftig von Krankheit und Behinderung befreit. Mein Einsatz für das Menschenrecht auf Leben bedeutet kein NEIN zu den Chancen des Fortschritts, sondern ein JA zu seinen Grenzen. Aus ethischen Gesichtspunkten bin ich überzeugt, daß wissenschaftlicher Fortschritt nicht alles rechtfertigt, was er möglich macht. In einer Gesellschaft, deren christliches Fundament erkennbar angegriffen ist, sind solche Positionen nicht mehr selbstverständlich und können von Einzelnen nur schwer kommuniziert werden, daher finde ich es wichtig sich mit Gleichgesinnten zusammen zu tun.



*Hannah-Maria Hummel, Assistenzärztin Abteilung Kinderheilkunde der Universität Göttingen; Beisitzerin im CDL-Bundesvorstand*

## 25 Jahre CDL-NRW

In ihrer Einladung zur Landesmitgliederversammlung: „25 Jahre CDL-NRW“ betonte die Vorsitzende Odila Carbanje: „Wir haben Grund, Dank zu sagen, dank allen, die sich für das Lebensrecht engagiert haben.“ So begann die Versammlung mit einem Dankgottesdienst in St. Maximilian in Düsseldorf unter der Leitung von Msgr. Christoph Biskupek.

Im Anschluß eröffnete Prof. Dr. Manfred Spieker die Festveranstaltung mit dem Vortrag „Der verleugnete Rechtsstaat. Zur Kultur des Todes in Deutschland“.

Die heutige Ehrenbundesvorsitzende Johanna Gräfin von Westphalen, die die Gründungsphase der CDL-NRW intensiv begleitet hat, betonte in ihrem Grußwort: „Als vor 25 Jahren der Landesverband Nordrhein-Westfalen der CDL gegründet wurde, war ich gerade einige Monate Bundesvorsitzende der CDL. Ich war sehr froh, daß ich in Bonn auf der Lebensrechtsdemonstration mit Mutter Teresa Dr. Leo Peters kennenlernte. Es war ein wirklicher Glücksfall. Dr. Peters wurde dann auch bald zum ersten Landesvorsitzenden gewählt. Die Gründung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen fällt zusammen mit der Gründung weiterer Landesverbände, denn es war eine besondere Zeit. Helmut Kohl war seit vier Jahren Kanzler und viele Menschen in der Union vermißten schmerzlich die vor dem Wahlsieg versprochene geistig-moralische Wende. Insbesondere im Bereich des Lebensschutzes erwarteten wir eine Kurskorrektur und eine Abkehr von der sozial-liberalen Abtreibungspolitik. Doch es geschah nichts. Der Unmut darüber war so groß, daß die CDL-Gründung wie ein lange erwartetes Signal an die Parteiführung empfunden wurde... So war auch die Gründung des Landesverbandes NRW ein wichtiges Zeichen des Aufbruchs. Sie alle wissen, wie die Geschichte weitergegangen ist. Noch immer sind wir Stachel im Fleisch einer Partei, die sich zumeist am Zeitgeist ausrichtet... Das „C“ in der Partei muß mehr sein, als ein unbedeutendes Ornament!“

Ich beglückwünsche Sie alle zu diesem Jubiläum und wünsche Ihnen und Ihrer tapferen Vorsitzenden für die kommenden 25 Jahre Kraft, Mut, Klugheit, Durchhaltevermögen und Gottes Segen. Beten wir darum und arbeiten wir dafür, daß die Prinzipien, die wir vertreten, eines Tages wieder gesellschaftsbestimmend werden. Ohne den Schutz des Menschen in allen seinen Phasen, ohne den Schutz der ungeborenen Kinder wird diese Gesellschaft keine Zukunft haben.“

Die Bundesvorsitzende Mechthild Löhr gratulierte mit mahnenden Worten: „...Heute haben wir allen Grund, 25 Jahre unermüdlichen Einsatzes für das Leben zu feiern. Aber vor uns liegen weitere Jahrzehnte, in denen wir zusammen weiterhin, vielleicht manchmal nur mit schwachen Kräften, aber umso unerschütterlicher und stärker den vielen Ungeborenen, Schutz- und Stimmlosen verpflichtet, unsere Stimme für das Leben erheben müssen! Denn der Schutz des Lebens braucht dringender denn je viele gute Mitstreiter, die sich auch gegen den Zeitgeist für den Wert jedes Lebens mutig einsetzen! Aufklärung und Widerspruch aktiver Christen sind und bleiben unerläßlich!“



MARKUS\_MARBFOTODIA.COM

### CDU-NRW Fraktionsvorsitzender Laumann betonte:

„Ich bin froh und dankbar, daß es Sie in unserer Partei gibt. Hier gehören Sie hin. Wir alle sollten uns ganz entschieden für den Lebensschutz einsetzen.“

Die Achtung des christlichen Menschenbildes, nach dem jedem Mensch in jedem Augenblick seines Lebens Würde zukommt, muß Maßstab unseres politischen Handelns bleiben. Politik, die gestalten will, hat langfristig nur auf dieser Grundlage Bestand... Sie führen in unserer Partei eine Wertedebatte und werben bei jungen Parteimitgliedern dafür. Auch dafür danke ich Ihnen. Ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen Erfolg, heute eine gute Tagung und Gottes Segen für Ihre weitere Arbeit. Herzlichen Glückwunsch!“

Weitere Grußworte sprachen die stellvertretende Bundesvorsitzende der ALfA, Alexandra Linder, und der CDL-NRW Ehrenvorsitzende Prof. Dr. Leo Peters.

Nachdem die anwesenden Mitglieder, die über 25 Jahre der CDL treu geblieben sind, geehrt wurden, tauschte man bei einem Glas Sekt gemeinsame Erlebnisse aus.

### CDL Bayern

#### Vorstandsneuwahlen

10. November, Schloß Kronwinkel

#### Vorsitzender:

Manfred Libner

#### Stellvertreter:

Bernd Kreuels  
Hildegard Regensburger  
Dr. Matthias Rumberger

#### Schatzmeister:

Christoph Friedrich

#### Schriftführer:

Hans Winklbauer

#### Beisitzer:

Consuelo Gräfin Ballestrem  
Alex Dorow MdL  
Marina Helfrich  
Sophia Kuby  
Christiane Lambrecht  
Lidvine Gräfin von Preysing  
Ulrich Schäfer  
Andreas Späth  
Claudia Winklbauer  
Dr. Michael Winkler

## Ich wollte nicht abtreiben

Am 24.11.2012 berichtet die FAZ von einem Interview mit Monika Hey, die von ihren Gefühlen und Erlebnissen um die Abtreibung ihres Kindes berichtet.

Monika Hey erfährt 1998, damals 46 Jahre alt, bei einer Ultraschalluntersuchung, daß ihr ungeborenes Kind Trisomie 21 hat. Sie hatte dieser Untersuchung nur wegen der Schwangerenvorsorge zugestimmt, nicht aber, um zu wissen, ob eine Behinderung des Kindes vorliegen könnte. Hey betont: „Es gibt ein gesetzlich garantiertes Recht auf Nichtwissen. Und es kann eine sehr mündige Entscheidung sein zu sagen: Ich will mein Kind nicht dieser Selektion aussetzen. Ich will nicht Schicksal spielen.“

Massiv klagt Hey die Pränataldiagnostik an, sowie manche Ärzte, die bei einer auffälligen Diagnose den ohnehin hilflosen Müttern zur Abtreibung raten.

Sie führt das Verhalten der Ärzte darauf zurück, daß diese Angst vor eventuellen Schadensersatzansprüchen hätten. Monika Hey betont, daß die Abtreibung ihr nur Leid gebracht hätte, und klagt an, daß das Thema in der Gesellschaft tabuisiert wird: „...Daß viele Frauen unter einem Abbruch leiden. Für alle ist es traumatisch und mit Depressionen verbunden, die manchmal erst Jahre später auftreten. Ich wurde von meiner Ärztin mit dem Satz abgespeist: Die Ambivalenz wird bleiben ... Es geht um die Tötung eines Kindes. Körper und Seele einer Schwangeren sind darauf ausgerichtet, das Kind zu schützen. Zu unterschreiben, daß das Kind abgetrieben werden soll, und selber dazu beizutragen, daß das Kind getötet wird, ist kaum auszuhalten.“

Monika Hey weist auch auf den gesellschaftlichen Druck hin. Es gäbe schon Studien, die aufzeigen würden, was ein behindertes Kind sein Leben lang an Kosten verursachen würde. Der Druck auf Eltern, die ein behindertes Kind erwarten, würde steigen.

All ihre Erfahrungen haben Monika Hey veranlaßt, ein Buch zu schreiben: „**Mein gläserner Bauch – Wie die Pränataldiagnostik unser Verhältnis zum Leben verändert**“.



DVA, 19,99 €

## Kinderarmes Deutschland

Wir haben nicht zu viele alte Menschen, sondern zu wenige Kinder in Deutschland, so begann Hartmut Steeb seinen Vortrag über die besorgniserregende Bevölkerungsentwicklung in unserem Land. Steeb, Geschäftsführer der Deutschen Evangelischen Allianz und Vater von zehn Kindern, war der Einladung von Doris Enders, Vorsitzende der CDL-Altenkirchen, gefolgt, um über das Thema „Deutschland stirbt aus – läßt sich das noch aufhalten?“ zu referieren.

Vor über vierzig Zuhörern präsentierte er zunächst die erschreckenden Fakten zur Bevölkerungsentwicklung: So bekommt eine Frau in Deutschland im statistischen Mittel nur 1,35 Kinder. Für einen Erhalt der heutigen Bevölkerungsstärke wären 2,1 Kinder notwendig. Eine weitere Schrumpfung der Einwohnerzahl und eine Ausdünnung der Bevölkerungspyramide am unteren Ende sind also in der Zukunft unvermeidlich. Diese Entwicklung sei den politischen Eliten in Deutschland seit Jahrzehnten bekannt, führte Steeb weiter aus, dennoch gäbe es immer noch keine ganzheitliche und vernünftige Familienpolitik. Stattdessen experimentiert man mit einem Bündel verschiedener unkoordinierter Einzelmaßnahmen, welche wohl die Kinderzahl nicht erhöht haben aber eine unangemessene Benachteiligung des Familienmodells mit nur einem Alleinverdiener bewirken.



**Hartmut Steeb, General-Sekretär der Deutschen Evangelischen Allianz**

Abschließend präsentierte er acht Forderungen, mit denen eine Wende in der Bevölkerungsentwicklung erreicht werden könne:

1. Anerkennung der Tätigkeit von Hausfrau und Mutter als Beruf
2. Sofortiger Beginn des Mutterschutzes mit Bekanntwerden der Schwangerschaft
3. Einführung des Familienwahlrechts, d.h. zusätzlicher Stimmen für nicht selber wahlberechtigte Kinder
4. Stopp der staatlichen Abtreibungsfinanzierung
5. Deutliche Erhöhung des Kindergeldes
6. Eheförderung durch eine Geldprämie bei Heirat
7. Staatliches Gehalt für Kindererziehung
8. Kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Familien

Die Erfüllung dieser Punkte würde die Kosten für Kinder fair auf alle Mitglieder der Gesellschaft umlegen und die heutige Realität von Kindern als Armutsrisiko würde der Vergangenheit angehören.

Viele Wortmeldungen aus dem Publikum kreisten um die Frage, was denn nun der Einzelne tun könne, um die Situation zu ändern. „Sprechen Sie mit den Entscheidungsträgern in Politik und Medien! Engagieren Sie sich in den Parteien!“ so lautete die klare Antwort von Steeb. Eine Aufforderung, welcher sich die CDL nur anschließen kann, denn für die Lebensrechtsinitiative in CDU/CSU sind der gesellschaftliche Dialog und das politische Engagement die Hauptzielsetzung.

Stefan Grieser-Schmitz

## BUCHTIPP

### Zerstörte Zukunft



Wolfgang Philipp  
„Zerstörte Zukunft“  
Wie Deutschland seinem  
Nachwuchs die Geburt verweigert  
Gerhard Hess Verlag  
ISBN 978-3-87336-423-3  
Preis 16.80€

## Vorstandswahlen des Kreisverbandes Bodensee

Der Kreisverband Bodensee hielt am 25.10 seine Jahreshauptversammlung mit Vorstandsneuwahlen in Mühlhofen ab und kam dabei neben einigen neu besetzten Posten zu dem Fazit des letzten Jahres: „Man hat gesehen, daß wir existieren.“

Vorsitzende Marie-Luise Hiller berichtete von den Aktionen des letzten Jahres, von zahlreichen Informationsständen im Rahmen von CDU/CSU-Veranstaltungen und vielen sehr guten Gesprächen, viel verteiltem Informationsmaterial. Es fallen Stichworte wie Embryonenoffensive, Demonstration gegen die Konstanzer Firma LifeCodexx und aktuelle Abtreibungszahlen.

Die Vorsitzende Marie-Luise Hiller wurde einstimmig wiedergewählt. Die Wahl führte Josef Dichgans durch, der Landesvorsitzende, der danach über die Tätigkeiten des Landesverbandes berichtete. Er lobte das Team um Hiller: „Hier im Kreis passiert



Das Ehepaar Sauter wurde zu Stellvertretern, Kassenwartin Paula Knörle wurde wieder gewählt (hinten). Referentin Karin Göbel freute sich über die Einladung von CDL-Vorsitzender Marie-Luise Hiller, die ebenso wie Pressereferent und Schriftführer Hans-Joachim Goße

viel“, sagte er, sie hätten seit Jahren die besten Aktionen. „Dieses Lob tut gut“, freut sich Hiller und lobte ihrerseits ihr Team. Zu stellv. Vorsitzenden wurde neu das Ehepaar Gudrun und Markus Sauter gewählt.

Andere Vorstandmitglieder wurden in ihrem Amt bestätigt: Pressereferent und Schriftführer Hans-Joachim Goße, ebenso Kassenwartin Paula Knörle. Beisitzer sind Gabriele Wiedenhorn, Karl Stengele, Helga Boch und Karl Hiller.

Das Thema des Vortrages von Karin Göbel aus Kressbronn war „Trotz Gen-Defekt glücklich, wertvoll und bereichernd“. Die Referentin erzählte vom Familienalltag mit ihrem Sohn Tim. Der Drittkläbler wurde mit dem Down-Syndrom geboren und ist geistig behindert. Göbel schilderte schwierige erste Jahre voller Berührungängsten und sprachlosen Bekannten, doch die Familie freut sich bis heute über das jüngste Familienmitglied. Eine Vorstellung, wie sie die Initiative fördern möchte: auch geistig behinderte Kinder haben ihrer Meinung nach ein Recht auf Leben.

## Neuwahlen des Bezirksvorstandes in Württemberg-Hohenzollern

23.10.2012

### Bezirksvorsitzende:

Margret Biechele,  
Ochsenhausen

### Beisitzer:

Frau Dr. Holzschoppen,  
Leutkirch;  
Heidrun Bender, Biberach;  
Albrecht Graf von Brandenstein,  
Schloß Mittelbiberach;  
Margarete Gräfin von Schaesberg,  
Tannheim;  
Christian Günthner,  
Weingarten;  
Alexandra Thurmaier,  
Herdwangen;  
Dorothea Jäger, Wangen

### Stellvertreter:

Eugen Abler, Bodnegg  
Maria Hartel, Aulendorf

### Pressereferent:

Eugen Abler, Bodnegg

### Schatzmeister:

Marie-Luise Kohle, Berkheim

### Schriftführer:

Anton Hänsler, Aulendorf

## Mahnwache

Der CDL-Kreisverband Göppingen rief zu einer Mahnwache (Ja zum Leben) vor der Stadthalle in Eisligen, die am 17.10.12 zwischen 18 und 20 Uhr stattfand, mit folgender Pressemitteilung auf:

Die Tatsachen sind traurig und dramatisch, aber leider wahr. Die Folgen einer Abtreibung sind: eine traumatisierte, verletzte Frau und ein totes Kind. Die wenigsten verkraften den gewaltsamen Eingriff körperlich und psychisch unbeschadet. Davor werden die Betroffenen nicht umfassend aufgeklärt, und hinterher finden sie in ihrem Leid keine Hilfe. Das so genannte Post-Abortion-Syndrom zerstört das Leben vieler Frauen. „Leider wird dies konsequent verschwiegen“, erklärt die Kreisvorsitzende der Christdemokraten für das Leben im Kreis Göppingen, Maria Wiedebach. Es wird darüber nicht gesprochen, darf nicht gesprochen werden.

Stattdessen propagiert man die Abtreibung als Freiheitsrecht der Frauen. Eine der Hauptverfechterinnen der Liberalisierung des §218 war und ist Alice Schwarzer. Ihr Leben, von dem sie am 17. Oktober in der Eisliger Stadthalle berichtet, war seit der Kampagne „Ich habe abgetrieben“ (1971) wesentlich ein Einsatz für das Recht auf Abtreibung. Das darf nicht unwidersprochen bleiben. „Ginge es ihr wirklich um das Wohl der Frauen, dann würde sie von Abtreibungen abraten“, betont Maria Wiedebach. Es ist ein Irrtum zu glauben, Gleichberechtigung und Abtreibung gehörten untrennbar zusammen. Das tun sie nicht.

Abtreibung ist erschreckend selbstverständlich geworden. Im Zug dieser Entwicklung sind jetzt sogar Spätabtreibungen möglich: Behinderte Kinder können noch in einem Alter abgetrieben werden, in dem sie bereits außerhalb des Mutterleibs lebensfähig wären. „Es ist“, so Wiedebach, „mehr als zynisch und eine Verhöhnung christlicher Werte, Abtreibung, als ‚elementares Menschenrecht‘ zu bezeichnen, wie Alice Schwarzer es tut (EMMA 4/1990)“.



GILLES LOUGASSI/FOTOLIA.COM

**Sonntag, 13. Januar 2013**

Paris: Marsch für das Leben

[www.enmarchepourlavie.fr/english](http://www.enmarchepourlavie.fr/english)

**17.–19. Januar 2013**

Kongreß christlicher Führungskräfte in Leipzig

**Freitag, 25. Januar 2013**

Washington: 40. Marsch für das Leben

[www.marchforlife.org](http://www.marchforlife.org)

**Sonntag, 24. März 2013, 14.00 Uhr**

Brüssel: Marsch für das Leben

[www.marsch-fuer-das-leben-bruessel.org](http://www.marsch-fuer-das-leben-bruessel.org)

**Samstag, 21.09.2013, 13:00 Uhr**

**Berlin: Marsch für das Leben 2013**

[www.marsch-fuer-das-leben.de](http://www.marsch-fuer-das-leben.de)

## Beratung und Hilfe für Schwangere

01 80 - 36 999 63 · [www.vita-l.de](http://www.vita-l.de)

**vital**  
Es gibt Alternativen

### IMPRESSUM

Christdemokraten  
für das Leben e.V.  
48167 Münster  
Schlesienstr. 20

Telefon: 0251-6285160  
Telefax: 0251-6285163  
E-Mail: [info@cdl-online.de](mailto:info@cdl-online.de)  
Internet: [www.cdl-online.de](http://www.cdl-online.de)

Redaktion: Mechthild Löhr, Odila Carbanje

Satz + Gestaltung: Daniel Rennen, [www.dare.de](http://www.dare.de)  
Titelmotiv Kopfzeile: NiDerLander, Fotolia.com

## Erfahrungen beim „Marsch für das Leben“ in Berlin am 22.9.2012

Durch einen mir bekannten Bruder wurde ich in Crailsheim eingeladen, am „Marsch für das Leben“ teilzunehmen. Ich nutzte die Gelegenheit, vorher noch einige Tage in Berlin sein zu können. Die Kundgebung vor dem Bundeskanzleramt war geprägt von Berichten von Betroffenen, u.a. einer 17jährigen Mutter, der nahe gelegt wurde, ihr Kind abzutreiben und die heute glücklich ist, ein gesundes Kind zu haben. Vor dem Podium versammelten sich um die dreitausend Christen aus verschiedenen christlichen Kirchen. Einige hatten Plakate, die auf den Schutz des Lebens hinwiesen, und auch Fahnenräger mit Aufschriften in verschiedenen Sprachen mit dem Satz: „Ich liebe das Leben“.

Gegen 14 Uhr setzte sich der Zug mit rund 3000 Teilnehmern in Bewegung. Wir bekamen auch weiße Kreuze. Es war ein größeres Polizeiaufgebot anwesend. Der Weg ging zum Brandenburger Tor, von da aus zum Potsdamer Platz und dann durch die Innenstadt bis zur St.Hedwigs Kathedrale, in der der abschließende Gottesdienst stattfand. Es war bewegend, den Kontrast zu erleben von den Christen, die für das Lebensrecht der Ungeborenen eintraten und gegen Ende des Marsches das Lied „Amazing grace“ intonierten und den zahlenmäßig kleinen, linken Gruppen, die den Zug begleiteten mit ihrem Geschrei und ihren Parolen: „Go to hell!“ oder „Hätte Maria abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben“. Mir wurde gesagt, daß dieses Jahr die Proteste vergleichsweise harmlos waren. So weit ich weiß, gab es keine größeren Zwischenfälle, was wohl zum größeren Teil der polizeilichen Präsenz zu verdanken war.

Wir sind dankbar für diese Möglichkeit, mitten in Berlin für das Leben eine Lanze zu brechen. Wünschenswert wäre, daß in Zukunft auch kath. und ev. Bischöfe an diesem Marsch für das Leben mit dabei sein könnten.

Die Rückfahrt im Reisebus am Sonntagmittag dann vom Berliner Dom aus im Kreis der Teilnehmer war sehr bewegend. Einige erzählten von ihren Erfahrungen mit Menschen, denen sie in ihrer inneren Not beistehen konnten, wo es um die Frage ging, ein Kind abzutreiben oder nicht ... Ich bin dankbar, daß ich diese für mich wertvolle Erfahrung auf dem diesjährigen „Marsch für das Leben“ machen konnte.

Dieter Loest

### Bitte spenden Sie für das Leben!

Der Schutz des menschlichen Lebens zählt zu den vordringlichen Aufgaben in dieser Gesellschaft.

Unterstützen Sie die weitere Arbeit der CDL mit Ihrer **Spende! Unser Spendenkonto:**

**Sparkasse Meschede · Konto 2584 · BLZ 464 510 12**

Wir erhalten keinerlei öffentliche oder parteiliche Förderung. Jede Zuwendung an die CDL ist steuerlich begünstigt! Sie erhalten eine Spendenbescheinigung.